

Alt	Neu
<p align="center">Vergnügungssteuersatzung der Landeshauptstadt Hannover (Gem. Abl. 2005, S. 172)</p>	<p align="center">Vergnügungssteuersatzung der Landeshauptstadt Hannover</p>
<p>Geändert durch Satzung vom 31.05.2007, Gem. Abl. 2007, S. 324.</p> <p>Aufgrund der §§ 6, 40 und 83 Abs. 1 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) i.d.F. vom 22.8.1996, (Nds. GVBl. S. 382), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.4.2005 (Nds. GVBl. S. 110) und der §§ 1, 2 und 3 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) i. d. F. vom 11.02.1992, (Nds. GVBl. S. 29), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.11.2001 (Nds. GVBl. S. 701), hat der Rat der Landeshauptstadt Hannover in seiner Sitzung am 15.12.2005 folgende Vergnügungssteuersatzung beschlossen:</p>	<p>Aufgrund der §§ 6, 40 und 83 Abs. 1 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) i.d.F. vom 28.10.2006, (Nds. GVBl. Nr. 27/2006 S. 473), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13.05.2009 (Nds. GVBl. Nr. 11/2009 S. 191) und der §§ 1, 2 und 3 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) vom 23.01.2007, (Nds. GVBl. S. 41), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 13.05.2009 (Nds. GVBl. S. 191), hat der Rat der Landeshauptstadt Hannover in seiner Sitzung am 17.12.2009 folgende Vergnügungssteuersatzung beschlossen:</p>
<p align="center">§ 1 Steuergegenstand</p> <p>Die Landeshauptstadt Hannover erhebt Vergnügungssteuer für die folgenden im Stadtgebiet durchgeführten Veranstaltungen gewerblicher Art:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Tanzveranstaltungen; 2. Veranstaltungen von Schönheitstänzen, Table Dances, Schaustellungen von Personen und Darbietungen ähnlicher Art; 	<p align="center">§ 1 Steuergegenstand</p> <p>Die Landeshauptstadt Hannover erhebt Vergnügungssteuer für die folgenden im Stadtgebiet durchgeführten Veranstaltungen gewerblicher Art:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Tanzveranstaltungen; 2. Veranstaltungen von Schönheitstänzen, Table Dances, Schaustellungen von Personen und Darbietungen ähnlicher Art;
<ol style="list-style-type: none"> 3. Vorführungen von Filmen - unabhängig von der Art der Aufzeichnung und Wiedergabe - die nicht von der obersten Landesbehörde nach den §§ 11, 12 und 14 des Jugendschutzgesetzes (JuSchG) vom 23.07.2002 (BGBl. I 2002 S. 2730), zuletzt geändert durch Art. 5 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums vom 23.07.2004 (BGBl. I S.1857) gekennzeichnet worden sind; 	<ol style="list-style-type: none"> 3. Vorführungen von Filmen - unabhängig von der Art der Aufzeichnung und Wiedergabe - die nicht von der obersten Landesbehörde nach den §§ 11, 12 und 14 des Jugendschutzgesetzes (JuSchG) vom 23.07.2002 (BGBl. I 2002 S. 2730, I S. 476), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses der Europäischen Union zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und Kinderpornografie vom 31.10.2008 (BGBl. I S. 2149) gekennzeichnet worden sind;
<ol style="list-style-type: none"> 4. das Ausspielen von Geld oder Gegenständen in Spielklubs oder ähnlichen Einrichtungen, soweit nicht von den Nrn. 5 und 6 erfasst; 5. die entgeltliche Benutzung von Wettterminals, Spiel-, Geschicklichkeits- und Unterhaltungsapparaten und -automaten einschließlich der Apparate und Automaten zur Auspielung von Geld und Gegenständen (Spielgeräte) in Spielhallen und ähnlichen Unternehmen im Sinne des § 33 i der Gewerbeordnung (GewO) und darüber hinaus von allen Spielgeräten mit und ohne Gewinnmöglichkeit, an allen anderen Aufstellorten, soweit sie der Öffentlichkeit im Satzungsgebiet zugänglich sind; 	<ol style="list-style-type: none"> 4. das Ausspielen von Geld oder Gegenständen in Spielklubs oder ähnlichen Einrichtungen, soweit nicht von den Nrn. 5 und 6 erfasst; 5. die entgeltliche Benutzung von Wettterminals, Spiel-, Geschicklichkeits- und Unterhaltungsapparaten und -automaten einschließlich der Apparate und Automaten zur Auspielung von Geld und Gegenständen (Spielgeräte) in Spielhallen und ähnlichen Unternehmen im Sinne des § 33 i der Gewerbeordnung (GewO) und darüber hinaus von allen Spielgeräten mit und ohne Gewinnmöglichkeit, an allen anderen Aufstellorten, soweit sie der Öffentlichkeit im Satzungsgebiet zugänglich sind;

<p>6. die entgeltliche Benutzung von elektronischen multifunktionalen Bildschirmgeräten in Spielhallen, ähnlichen Unternehmen im Sinne von § 33 i GewO und an allen anderen Aufstellorten, soweit sie der Öffentlichkeit im Satzungsgebiet zugänglich sind, die das Spielen am Einzelgerät oder durch Vernetzung mit anderen örtlichen Geräten (LAN) oder im Internet ermöglichen.</p>	<p>6. die entgeltliche Benutzung von elektronischen multifunktionalen Bildschirmgeräten in Spielhallen, ähnlichen Unternehmen im Sinne von § 33 i GewO und an allen anderen Aufstellorten, soweit sie der Öffentlichkeit im Satzungsgebiet zugänglich sind, die das Spielen am Einzelgerät oder durch Vernetzung mit anderen örtlichen Geräten (LAN) oder im Internet ermöglichen.</p>
<p style="text-align: center;">§ 2 Steuerbefreite Veranstaltungen</p> <p>Von der Steuer sind befreit:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Veranstaltungen, die von kulturellen Organisationen oder Filmklubs durchgeführt werden, wenn der Zweck der Veranstaltung ausschließlich in der Darstellung kultureller, wissenschaftlicher oder künstlerischer Bildungsfragen und in der Diskussion oder Belehrung darüber besteht. 2. Veranstaltungen, bei denen überwiegend Filme vorgeführt werden, die <ol style="list-style-type: none"> a) von der von den Ländern für das Bundesgebiet gebildeten Bewertungsstelle als „wertvoll“ oder „besonders wertvoll“ anerkannt worden sind oder b) von Bund, Ländern, Gemeinden oder der Filmförderungsanstalt (Körperschaft des öffentlichen Rechts) gefördert worden sind. <p>Das Gleiche gilt für das Vorführen von Aufzeichnungen dieser Filme auf anderen Bildträgern.</p> <ol style="list-style-type: none"> 3. Veranstaltungen von Vereinen, Gewerkschaften, Parteien und Religionsgemeinschaften, zu denen grundsätzlich nur Mitglieder Zugang haben. 4. Veranstaltungen nach § 1 Nr. 1, deren Überschuss vollständig und unmittelbar zu gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken im Sinne der §§ 52 bis 54 der Abgabenordnung verwendet oder gespendet wird, wenn der Zweck bei der Anmeldung nach § 12 angegeben worden ist und der verwendete oder gespendete Betrag mindestens die Höhe der Steuer erreicht. 5. der Betrieb von Geräten ausschließlich zur Musikwiedergabe. 	<p style="text-align: center;">§ 2 Steuerbefreite Veranstaltungen</p> <p>Von der Steuer sind befreit:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Veranstaltungen, die von kulturellen Organisationen oder Filmklubs durchgeführt werden, wenn der Zweck der Veranstaltung ausschließlich in der Darstellung kultureller, wissenschaftlicher oder künstlerischer Bildungsfragen und in der Diskussion oder Belehrung darüber besteht. 2. Veranstaltungen, bei denen überwiegend Filme vorgeführt werden, die <ol style="list-style-type: none"> a) von der von den Ländern für das Bundesgebiet gebildeten Bewertungsstelle als „wertvoll“ oder „besonders wertvoll“ anerkannt worden sind oder b) von Bund, Ländern, Gemeinden oder der Filmförderungsanstalt (Körperschaft des öffentlichen Rechts) gefördert worden sind. <p>Das Gleiche gilt für das Vorführen von Aufzeichnungen dieser Filme auf anderen Bildträgern.</p> <ol style="list-style-type: none"> 3. Veranstaltungen von Vereinen, Gewerkschaften, Parteien und Religionsgemeinschaften, zu denen grundsätzlich nur Mitglieder Zugang haben. 4. Veranstaltungen nach § 1 Nr. 1, deren Überschuss vollständig und unmittelbar zu gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken im Sinne der §§ 52 bis 54 der Abgabenordnung verwendet oder gespendet wird, wenn der Zweck bei der Anmeldung nach § 12 angegeben worden ist und der verwendete oder gespendete Betrag mindestens die Höhe der Steuer erreicht. 5. der Betrieb von Geräten ausschließlich zur Musikwiedergabe.
<p>6. Veranstaltungen auf Schützen-, Volks-, Garten-, Straßenfesten oder ähnlichen Veranstaltungen.</p>	<p>6. Veranstaltungen auf Schützen-, Volks-, Garten-, Straßenfesten oder ähnlichen Veranstaltungen; außer Veranstaltungen nach § 1 Nrn. 2 und 3.</p>
<p style="text-align: center;">§ 3 Steuerschuldner</p>	<p style="text-align: center;">§ 3 Steuerschuldnerin / Steuerschuldner</p>

Anlage 2

<p>(1) Steuerschuldner ist die Unternehmerin / der Unternehmer der Veranstaltung.</p>	<p>(1) Steuerschuldnerin / Steuerschuldner ist die Unternehmerin / der Unternehmer der Veranstaltung (Veranstalterin / Veranstalter).</p>
<p>(2) Steuerschuldner ist bei Spielgeräten i.S. von § 1 Nrn. 5 und 6 diejenige / derjenige, der / dem die Einnahmen zufließen.</p>	<p>(2) Steuerschuldnerin / Steuerschuldner ist bei Spielgeräten i.S. von § 1 Nrn. 5 und 6 diejenige / derjenige, der / dem die Einnahmen zufließen.</p>
<p>(3) Steuerschuldner sind auch</p> <p>1. die Besitzerin / der Besitzer der Räumlichkeiten, in denen die Spielgeräte i.S. von § 1 Nrn. 5 und 6 aufgestellt sind, wenn sie / er für die Gestattung der Aufstellung ein Entgelt oder einen sonstigen Vorteil erhält;</p> <p>2. die wirtschaftliche Eigentümerin / der wirtschaftliche Eigentümer, der Spielgeräte i.S. von § 1 Nrn. 5 und 6.</p> <p>3. die Inhaberin/der Inhaber der Räume oder Grundstücke, in denen die Veranstaltung stattfindet, wenn sie/er im Rahmen der Veranstaltung Speisen oder Getränke verkauft oder unmittelbar an den Einnahmen oder dem Ertrag aus der Veranstaltung beteiligt ist.</p>	<p>(3) Steuerschuldnerin / Steuerschuldner sind auch:</p> <p>1. die Besitzerin / der Besitzer der Räumlichkeiten, in denen die Spielgeräte i.S. von § 1 Nrn. 5 und 6 aufgestellt sind, wenn sie / er für die Gestattung der Aufstellung ein Entgelt oder einen sonstigen Vorteil erhält;</p> <p>2. die wirtschaftliche Eigentümerin / der wirtschaftliche Eigentümer der Spielgeräte i.S. von § 1 Nrn. 5 und 6.</p> <p>3. die Inhaberin / der Inhaber der Räume oder Grundstücke, in denen die Veranstaltung stattfindet, wenn sie/er im Rahmen der Veranstaltung Speisen oder Getränke verkauft oder unmittelbar an den Einnahmen oder dem Ertrag aus der Veranstaltung beteiligt ist.</p>
<p style="text-align: center;">§ 4 Erhebungsformen</p> <p>(1) Die Steuer wird als</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kartensteuer, - Steuer nach der Veranstaltungsfläche, - Steuer nach der Roheinnahme, - Spielgerätesteuer, <p>erhoben.</p>	<p style="text-align: center;">§ 4 Erhebungsformen</p> <p>(1) Die Steuer wird als</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kartensteuer, - Steuer nach der Veranstaltungsfläche, - Steuer nach der Roheinnahme, - Spielgerätesteuer, <p>erhoben.</p>
<p>(2) Als Kartensteuer wird die Steuer bei Veranstaltungen nach § 1 Nrn. 1 bis 3 erhoben, wenn die Teilnahme an der Veranstaltung von dem Erwerb von Eintrittskarten oder sonstigen Ausweisen abhängig ist. Die Steuer wird aber mindestens in der Höhe erhoben, die sich bei einer Veranlagung nach der Veranstaltungsfläche ergeben würde.</p>	<p>(2) Als Kartensteuer wird die Steuer bei Veranstaltungen nach § 1 Nrn. 1 bis 3 erhoben, wenn die Teilnahme an der Veranstaltung von dem entgeltlichen Erwerb von Eintrittskarten oder sonstigen Ausweisen abhängig ist. Die Steuer wird aber mindestens in der Höhe erhoben, die sich bei einer Veranlagung nach der Veranstaltungsfläche ergeben würde.</p>
<p>(3) Als Steuer nach der Veranstaltungsfläche wird die Steuer bei Veranstaltungen nach § 1 Nrn. 1 bis 3 erhoben, sofern die Voraussetzungen für die Kartensteuer nicht gegeben sind.</p>	<p>(3) Als Steuer nach der Veranstaltungsfläche wird die Steuer bei Veranstaltungen nach § 1 Nrn. 1 bis 3 erhoben, sofern die Voraussetzungen nach Abs. 2 oder 4 nicht gegeben sind.</p>
<p>(4) Als Steuer nach der Roheinnahme wird die Steuer</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei Vorführungen von Filmen nach § 1 Nr. 3 in 	<p>(4) Als Steuer nach der Roheinnahme wird die Steuer</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei Vorführungen von Filmen nach § 1 Nr. 3 in

<p>Kabinen und ähnlichen Einrichtungen und - bei Veranstaltungen nach § 1 Nr. 4 erhoben.</p>	<p>Kabinen und ähnlichen Einrichtungen, - bei Veranstaltungen nach § 1 Nr. 1, wenn der Zutritt zu der Veranstaltung nicht unentgeltlich ist und Karten oder sonstige Ausweise nicht ausge- geben werden, mindestens jedoch in der Höhe, die sich bei einer Veranlagung nach der Veran- staltungsfläche ergeben würde, oder - bei Veranstaltungen nach § 1 Nr. 4 erhoben.</p>
<p>(5) Als Spielgerätesteuer wird die Steuer in den Fällen des § 1 Nrn. 5 und 6 erhoben.</p>	<p>(5) Als Spielgerätesteuer wird die Steuer in den Fällen des § 1 Nrn. 5 und 6 erhoben.</p>
<p style="text-align: center;">§ 5</p> <p>Beginn und Ende der sachlichen Steuerpflicht</p> <p>(1) Die Steuerpflicht beginnt in den Fällen des § 1 Nrn. 1 bis 4 mit Beginn der Veranstaltung, in den Fällen des § 1 Nrn. 5 und 6 mit der Inbetriebnah- me eines Spielgerätes an einem der in § 1 Nr. 5 und 6 genannten Aufstellorte.</p> <p>(2) Die Steuerpflicht endet bei Veranstaltungen nach § 1 Nr. 1 bis 4 mit Beendigung der Veran- staltung, bei Spielgeräten nach § 1 Nr. 5 und 6, wenn das Spielgerät außer Betrieb gesetzt wird.</p>	<p style="text-align: center;">§ 5</p> <p>Beginn und Ende der sachlichen Steuerpflicht</p> <p>(1) Die Steuerpflicht beginnt in den Fällen des § 1 Nrn. 1 bis 4 mit Beginn der Veranstaltung, in den Fällen des § 1 Nrn. 5 und 6 mit der Inbetriebnah- me eines Spielgerätes an einem der in § 1 Nr. 5 und 6 genannten Aufstellorte.</p> <p>(2) Die Steuerpflicht endet bei Veranstaltungen nach § 1 Nr. 1 bis 4 mit Beendigung der Veran- staltung, bei Spielgeräten nach § 1 Nr. 5 und 6, wenn das Spielgerät außer Betrieb gesetzt wird.</p>
<p style="text-align: center;">§ 6</p> <p style="text-align: center;">Bemessungsgrundlage</p> <p>(1) Bemessungsgrundlage bei der Kartensteuer (§ 4 Abs. 2) ist grundsätzlich die Summe aller auf den ausgegebenen Karten oder sonstigen Aus- weisen angegebenen Preise. An die Stelle des Kartenpreises tritt das tatsächliche Entgelt, wenn dieses nachweisbar höher oder niedriger oder auf der Karte nicht angegeben ist.</p>	<p style="text-align: center;">§ 6</p> <p style="text-align: center;">Bemessungsgrundlage</p> <p>(1) Bemessungsgrundlage bei der Kartensteuer (§ 4 Abs. 2) ist grundsätzlich die Summe aller auf den ausgegebenen Karten oder sonstigen Aus- weisen angegebenen Preise. An die Stelle des Kartenpreises tritt das tatsächliche Entgelt, wenn dieses nachweisbar höher oder niedriger oder auf der Karte nicht angegeben ist.</p>
<p>(2) Entgelt i.S. von Abs. 1 ist die gesamte Vergü- tung, die für die Teilnahme an der Veranstaltung gefordert wird. Zum Entgelt gehören z. B. auch eine etwa gesondert geforderte Steuer oder die Vorverkaufsgebühr.</p>	<p>(2) Entgelt i. S. von Abs. 1 ist die gesamte Vergü- tung, die für die Teilnahme an der Veranstaltung gefordert wird. Zum Entgelt gehören z. B. auch eine etwa gesondert geforderte Steuer oder die Vorverkaufsgebühr. Ist der Zutritt zu Veranstat- tungen nach § 1 Nr. 1 von dem Erwerb von Ein- trittskarten oder sonstigen Ausweisen abhängig, bleiben darin enthaltene Getränkeverzehrateile außer Ansatz, wenn diese separat ausgewiesen werden und die Getränke in diesem Betrieb zum üblichen Verkaufspreis lt. Getränkekarte dauer- haft angeboten und erworben werden können; höchstens jedoch bis zu 70 v. H. des insgesamt geforderten Entgelts.</p>
<p>(3) Bei der Besteuerung nach § 4 Abs. 3 ist Be- messungsgrundlage die Veranstaltungsfläche. Dazu gehören die für die Vorführung und Zu- schauer bestimmten Flächen einschl. der Ränge, Logen und Galerien, Wandelgänge und Erfri-</p>	<p>(3) Bei der Besteuerung nach § 4 Abs. 3 ist Be- messungsgrundlage die Veranstaltungsfläche. Dazu gehören die für die Vorführung und Zu- schauer bestimmten Flächen einschl. der Ränge, Logen und Galerien, Wandelgänge und Erfri-</p>

<p>schungsräume, nicht dagegen die Bühnen- und Kassenräume, die Kleiderablage und die Toiletten. Findet die Veranstaltung ganz oder teilweise im Freien statt, so sind von den im Freien gelegenen Flächen nur die für die Vorführung und die Zuschauer bestimmten Flächen einschließlich der dazwischen gelegenen Wege und angrenzenden Veranden, Zelte und ähnliche Einrichtungen in die Bemessungsgrundlage einzubeziehen.</p> <p>(4) Bei der Besteuerung nach der Roheinnahme (§ 4 Abs. 4) gilt das gesamte Entgelt, das für die Teilnahme an der Veranstaltung gefordert wird, als Bemessungsgrundlage.</p> <p>(5) Bei der Spielgerätesteuern ist Bemessungsgrundlage das Einspielergebnis.</p> <p>(6) Als Einspielergebnis gilt bei Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit und manipulationssicheren Zählwerken die Bruttokasse. Sie errechnet sich aus der elektronisch gezählten Kasse (inklusive der Veränderungen der Röhreninhalte), abzüglich Nachfüllungen, Falschgeld und Fehlgeld.</p> <p>(7) Spielgeräte mit manipulationssicheren Zählwerken sind Geräte, deren Software die Daten lückenlos und fortlaufend aufzeichnet, wie z. B. Aufstellort, Gerätenummer, Gerätenamen, Zulassungsnummer, fortlaufende Nummer des jeweiligen Ausdrucks, Datum der letzten Kassierung, elektronisch gezählte Kasse, Röhreninhalte, Auszahlungsquoten, tägliche Betriebstunden, tägliche Spielzeit am Gerät, Anzahl der entgeltspflichtigen Spiele, Freispiele usw..</p> <p>(8) Als Einspielergebnis bei Spielgeräten ohne Gewinnmöglichkeiten gilt das gesamte Entgelt, das für die Benutzung der Spielgeräte aufgewandt wird.</p> <p>(9) Hat ein Spielgerät mehrere Spiel-, Geschicklichkeits- oder Unterhaltungseinrichtungen, die unabhängig voneinander und zeitgleich ganz oder teilweise nebeneinander entgeltspflichtig gespielt werden können, so gilt jede dieser Einrichtungen als ein Spielgerät.</p> <p>(10) Der Steuerschuldner hat alle Unterlagen, aus denen die Bemessungsgrundlagen hervorgehen, entsprechend den Bestimmungen des § 147 der Abgabenordnung aufzubewahren.</p>	<p>schungsräume, nicht dagegen die Bühnen- und Kassenräume, die Kleiderablage und die Toiletten. Findet die Veranstaltung ganz oder teilweise im Freien statt, so sind von den im Freien gelegenen Flächen nur die für die Vorführung und die Zuschauer bestimmten Flächen einschließlich der dazwischen gelegenen Wege und angrenzenden Veranden, Zelte und ähnliche Einrichtungen in die Bemessungsgrundlage einzubeziehen.</p> <p>(4) Bei der Besteuerung nach der Roheinnahme (§ 4 Abs. 4) gilt das gesamte Entgelt, das für die Teilnahme an der Veranstaltung gefordert wird, als Bemessungsgrundlage.</p> <p>(5) Bei der Spielgerätesteuern ist Bemessungsgrundlage das Einspielergebnis.</p> <p>(6) Als Einspielergebnis gilt bei Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit und manipulationssicheren Zählwerken die Bruttokasse. Sie errechnet sich aus der elektronisch gezählten Kasse (inklusive der Veränderungen der Röhreninhalte), abzüglich Nachfüllungen, Falschgeld und Fehlgeld.</p> <p>(7) Spielgeräte mit manipulationssicheren Zählwerken sind Geräte, deren Software die Daten lückenlos und fortlaufend aufzeichnet, wie z. B. Aufstellort, Gerätenummer, Gerätenamen, Zulassungsnummer, fortlaufende Nummer des jeweiligen Ausdrucks, Datum der letzten Kassierung, elektronisch gezählte Kasse, Röhreninhalte, Auszahlungsquoten, tägliche Betriebstunden, tägliche Spielzeit am Gerät, Anzahl der entgeltspflichtigen Spiele, Freispiele usw..</p> <p>(8) Als Einspielergebnis bei Spielgeräten ohne Gewinnmöglichkeiten gilt das gesamte Entgelt, das für die Benutzung der Spielgeräte aufgewandt wird.</p> <p>(9) Hat ein Spielgerät mehrere Spiel-, Geschicklichkeits- oder Unterhaltungseinrichtungen, die unabhängig voneinander und zeitgleich ganz oder teilweise nebeneinander entgeltspflichtig gespielt werden können, so gilt jede dieser Einrichtungen als ein Spielgerät.</p> <p>(10) Die / der Steuerschuldnerin/ Steuerschuldner hat alle Unterlagen, aus denen die Bemessungsgrundlagen hervorgehen, entsprechend den Bestimmungen des § 147 der Abgabenordnung aufzubewahren.</p>
<p style="text-align: center;">§ 7 Steuersätze</p> <p>(1) Bei der Kartensteuer und der Steuer nach der Roheinnahme beträgt der Steuersatz</p>	<p style="text-align: center;">§ 7 Steuersätze</p> <p>(1) Bei der Kartensteuer und der Steuer nach der Roheinnahme beträgt der Steuersatz</p>

Anlage 2

<p>1. bei Tanzveranstaltungen nach § 1 Nr. 1 20 v. H. 2. bei Veranstaltungen nach § 1 Nr. 2: 30 v. H. 3. bei Veranstaltungen nach § 1 Nr. 3: 30 v. H. 4. bei Veranstaltungen nach § 1 Nr. 4: 22 v. H.</p> <p>der Bemessungsgrundlage.</p>	<p>1. bei Tanzveranstaltungen nach § 1 Nr. 1 20 v. H. 2. bei Veranstaltungen nach § 1 Nr. 2 30 v. H. 3. bei Veranstaltungen nach § 1 Nr. 3 30 v. H. 4. bei Veranstaltungen nach § 1 Nr. 4 22 v. H.</p> <p>der Bemessungsgrundlage.</p>
<p>(2) Bei der Besteuerung nach der Veranstaltungsfläche beträgt der Steuersatz</p> <p>1. bei Tanzveranstaltungen nach § 1 Nr. 1: 2,00 € 2. bei Veranstaltungen nach § 1 Nr. 2: 3,10 € 3. in allen übrigen Fällen: 2,10 €</p> <p>pro Veranstaltung für jede angefangenen 10 qm Veranstaltungsfläche.</p>	<p>(2) Bei der Besteuerung nach der Veranstaltungsfläche beträgt der Steuersatz</p> <p>1. bei Tanzveranstaltungen nach § 1 Nr. 1 2,00 € 2. bei Veranstaltungen nach § 1 Nr. 2 3,10 € 3. bei Veranstaltungen nach § 1 Nr. 3 2,10 €</p> <p>pro Veranstaltung für jede angefangenen 10 qm Veranstaltungsfläche.</p>
<p>(3) Bei der Spielgerätesteuern in den Fällen des § 6 Abs. 6 und 7 beträgt der Steuersatz 10 v. H. des Einspielergebnisses.</p>	<p>(3) Bei der Spielgerätesteuern in den Fällen des § 6 Abs. 6 und 7 beträgt der Steuersatz 12 v. H. des Einspielergebnisses für jedes Gerät.</p>
<p>4) Bei der Spielgerätesteuern in den Fällen des § 6 Abs. 8 beträgt der Steuersatz 10 v. H. des Einspielergebnisses, jedoch mindestens für jeden angefangenen Kalendermonat und für jedes Gerät bei</p>	<p>4) Bei der Spielgerätesteuern in den Fällen des § 6 Abs. 8 beträgt der Steuersatz 12 v. H. des Einspielergebnisses, jedoch mindestens für jeden angefangenen Kalendermonat und für jedes Gerät bei</p>
<p>a) Geräten ohne Gewinnmöglichkeit, die in Spielhallen aufgestellt sind, mit Ausnahme der Geräte zu Buchst. c) und e) 60,00 €</p> <p>b) Geräten ohne Gewinnmöglichkeit, die nicht in Spielhallen aufgestellt sind, mit Ausnahme der Geräte zu Buchst. c) und e) 35,00 €</p> <p>c) Geräten, mit denen Gewalttätigkeiten gegen Menschen dargestellt werden oder die eine Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges zum Gegenstand haben 310,00 €</p> <p>d) Geräten oder vergleichbare Spielsysteme, die mit Weiterspielmarken, Chips, Token oder ähnlichen Spiel-/Wertmarken bespielt werden können 200,00 €</p> <p>e) elektronischen multifunktionalen Bildschirmgeräten ohne Gewinnmöglichkeit 10,00 €</p>	<p>a) Geräten ohne Gewinnmöglichkeit, die in Spielhallen aufgestellt sind, mit Ausnahme der Geräte zu Buchst. c), d) und e) 60,00 €</p> <p>b) Geräten ohne Gewinnmöglichkeit, die nicht in Spielhallen aufgestellt sind, mit Ausnahme der Geräte zu Buchst. c), d) und e) 35,00 €</p> <p>c) Geräten, mit denen Gewalttätigkeiten gegen Menschen dargestellt werden oder die eine Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges zum Gegenstand haben 310,00 €</p> <p>d) Geräten oder vergleichbare Spielsysteme, die mit Weiterspielmarken, Chips, Token oder ähnlichen Spiel-/Wertmarken bespielt werden können 200,00 €</p> <p>e) elektronischen multifunktionalen Bildschirmgeräten ohne Gewinnmöglichkeit 10,00 €</p>
<p style="text-align: center;">§ 8 Erhebungszeitraum</p> <p>(1) Bei Veranstaltungen i. S. von § 1 Nrn. 1 bis 4 ist Erhebungszeitraum die Zeit vom Beginn bis zum Ende der Veranstaltung.</p>	<p style="text-align: center;">§ 8 Erhebungszeitraum</p> <p>(1) Bei Veranstaltungen i. S. von § 1 Nrn. 1 bis 4 ist Erhebungszeitraum die Zeit vom Beginn bis zum Ende der Veranstaltung.</p>

<p>(2) Bei Geräten i. S. von § 1 Nrn. 5 und 6 ist Erhebungszeitraum der Kalendermonat.</p> <p>(3) Die Landeshauptstadt Hannover kann wider- ruflich zulassen, dass in den Fällen des Absatzes 1, in denen der Steuerschuldner eine Vielzahl von Veranstaltungen durchführt, auch der Kalender- monat als Erhebungszeitraum gilt.</p>	<p>(2) Bei Geräten i. S. von § 1 Nrn. 5 und 6 ist Er- hebungszeitraum der Kalendermonat.</p> <p>(3) Die Landeshauptstadt Hannover kann wider- ruflich zulassen, dass in den Fällen des Absatzes 1, in denen die / der Steuerschuldnerin / Steuer- schuldner eine Vielzahl von Veranstaltungen durchführt, auch der Kalendermonat als Erhe- bungszeitraum gilt.</p>
<p style="text-align: center;">§ 9 Entstehung des Steueranspruchs</p> <p>Der Steueranspruch entsteht im Falle des § 8 Absätze 1 und 3 mit Beginn der Veranstaltung und im Falle des § 8 Absatz 2 mit Ablauf des jeweiligen Erhebungszeitraumes.</p>	<p style="text-align: center;">§ 9 Entstehung des Steueranspruchs</p> <p>Der Steueranspruch entsteht im Falle des § 8 Abs. 1 und 3 mit Beginn der Veranstaltung und im Falle des § 8 Abs. 2 mit Ablauf des jeweiligen Erhebungszeitraumes.</p>
<p style="text-align: center;">§ 10 Steuererklärung und Steuerfestsetzung</p> <p>(1) Der Steuerschuldner hat innerhalb von 10 Tagen nach Ablauf des Erhebungszeitraumes eine Steuererklärung auf einem von der Landes- hauptstadt Hannover vorgeschriebenen Vordruck abzugeben.</p>	<p style="text-align: center;">§ 10 Steuermeldung und Steuerfestsetzung</p> <p>(1) Die / der Steuerschuldnerin / Steuerschuldner hat innerhalb von 10 Tagen nach Ablauf des Er- hebungszeitraumes eine Steuermeldung auf ei- nem von der Landeshauptstadt Hannover vorge- schriebenen Vordruck abzugeben. Die Steuer setzt die Landeshauptstadt Hannover durch schriftlichen Bescheid fest.</p>
<p>(2) In den Fällen der Besteuerung nach § 4 Abs. 5 handelt es sich bei der Steuererklärung um eine Steueranmeldung i.S. der § 150 Abs. 1 Satz 3 der Abgabenordnung. In diesen Fällen hat der Steu- erschuldner die Steuer selbst zu berechnen.</p> <p>(3) In den Fällen der Besteuerung nach § 4 Abs. 2 bis 4 setzt die Landeshauptstadt Hannover die Steuer durch schriftlichen Bescheid fest.</p> <p>(4) Gibt der Steuerschuldner seine Steuererklä- rung nicht, nicht rechnerisch richtig, nicht recht- zeitig oder nicht vollständig ab, so setzt die Lan- deshauptstadt Hannover die Steuer durch schrift- lichen Bescheid fest. Dabei kann sie von den Möglichkeiten der Schätzung der Bemessungs- grundlage und der Festsetzung von Verspätungs- zuschlägen nach den Vorschriften der Abgaben- ordnung Gebrauch machen.</p>	<p>(2) Gibt die / der Steuerschuldnerin / Steuer- schuldner ihre / seine Steuermeldung nicht, nicht sachlich richtig, nicht rechtzeitig oder nicht voll- ständig ab, kann die Landeshauptstadt Hannover von den Möglichkeiten der Schätzung der Be- messungsgrundlage und der Festsetzung von Verspätungszuschlägen nach den Vorschriften der Abgabenordnung Gebrauch machen.</p>
<p style="text-align: center;">§ 11 Fälligkeit</p> <p>(1) In den Fällen der Besteuerung nach § 4 Abs. 5 hat der Steuerschuldner gleichzeitig mit der Abgabe der Steueranmeldung die errechnete Steuer an die Stadtkasse Hannover innerhalb von 10 Tagen nach Ablauf des Erhebungszeitraumes</p>	<p style="text-align: center;">§ 11 Fälligkeit</p> <p>Ein durch schriftlichen Bescheid festgesetzter Steuerbetrag ist innerhalb von 10 Tagen nach Bekanntgabe des Bescheides zu entrichten. Er- stattungsbeträge werden mit der Bekanntgabe des Bescheides fällig.</p>

<p>zu entrichten.</p> <p>(2) Ein durch schriftlichen Bescheid festgesetzter Steuerbetrag ist innerhalb von 10 Tagen nach Bekanntgabe des Bescheides zu entrichten.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 12 Anzeigepflichten</p> <p>(1) Der Steuerschuldner hat die erstmalige Inbetriebnahme von Spielgeräten nach § 1 Nr. 5 und 6 hinsichtlich der Art und Anzahl der Spielgeräte an einem Aufstellort bis zum 10.Tag des folgenden Kalendermonats anzuzeigen. Die Anzeige muss die Bezeichnung des Spielgerätes (Geräteart), den Gerätenamen, den Aufstellort, den Zeitpunkt der Inbetriebnahme und bei Geräten mit Gewinnmöglichkeit zusätzlich die Zulassungsnummer enthalten.</p>	<p style="text-align: center;">§ 12 Anzeigepflichten</p> <p>(1) Die / der Steuerschuldnerin / Steuerschuldner hat die erstmalige Inbetriebnahme von Spielgeräten nach § 1 Nrn. 5 und 6 hinsichtlich der Art und Anzahl der Spielgeräte an einem Aufstellort bis zum 10.Tag des folgenden Kalendermonats anzuzeigen. Die Anzeige muss die Bezeichnung des Spielgerätes (Geräteart), den Gerätenamen, die Gerätenummer, den Aufstellort, den Zeitpunkt der Inbetriebnahme und bei Geräten mit Gewinnmöglichkeit zusätzlich die Zulassungsnummer enthalten.</p>
<p>(2) Die Anzeigepflichten nach Absatz 1 gelten bei jeder den Spielbetrieb betreffenden Veränderung und der Außerbetriebnahme von Spielgeräten.</p>	<p>(2) Die Anzeigepflichten nach Absatz 1 gelten bei jeder den Spielbetrieb betreffenden Veränderung und der Außerbetriebnahme von Spielgeräten.</p>
<p>(3) Der Steuerschuldner hat Veranstaltungen gemäß § 1 Nrn. 1 bis 4 bei der Landeshauptstadt Hannover spätestens 10 Werktage vor Beginn der Veranstaltung anzuzeigen. Zur Anmeldung ist auch die Besitzerin / der Besitzer der dazu benutzten Räume und Grundstücke verpflichtet.</p>	<p>(3) Die / der Steuerschuldnerin / der Steuerschuldner hat Veranstaltungen gemäß § 1 Nrn. 1 bis 4 bei der Landeshauptstadt Hannover spätestens 10 Werktage vor Beginn der Veranstaltung anzuzeigen. Zur Anmeldung ist auch die Besitzerin / der Besitzer der dazu benutzten Räume und Grundstücke verpflichtet.</p>
<p>(4) Bei Veranstaltungen desselben Steuerschuldners kann die Landeshauptstadt Hannover eine einmalige Anmeldung für eine Reihe von Veranstaltungen als ausreichend anerkennen.</p>	<p>(4) Bei Veranstaltungen derselben / desselben Steuerschuldnerin / Steuerschuldners kann die Landeshauptstadt Hannover eine einmalige Anmeldung für eine Reihe von Veranstaltungen als ausreichend anerkennen.</p>
<p style="text-align: center;">§ 13 Ausgabe von Eintrittskarten</p> <p>(1) Eintrittskarten müssen mit fortlaufenden Nummern und Steuerstempel versehen sein, die Veranstaltung kennzeichnen sowie das Entgelt oder die Unentgeltlichkeit angeben.</p>	<p style="text-align: center;">§ 13 Ausgabe von Eintrittskarten</p> <p>(1) Eintrittskarten sind grundsätzlich mit fortlaufenden Nummern zu versehen, müssen die Veranstaltung kennzeichnen sowie das Entgelt oder die Unentgeltlichkeit angeben.</p>
<p>(2) Wird für die Teilnahme an einer Veranstaltung ein Eintrittsgeld erhoben, so ist der Steuerschuldner verpflichtet, an alle Personen, denen der Zutritt gestattet wird, Eintrittskarten oder sonstige Ausweise auszugeben. Die entwerteten Karten sind den Teilnehmerinnen/ Teilnehmern zu belassen und von diesen den Beauftragten der Landeshauptstadt Hannover auf Verlangen vorzuzeigen.</p>	<p>(2) Ist die Teilnahme an einer Veranstaltung von dem Erwerb einer Eintrittskarte oder sonstigem Ausweis abhängig, so ist die / der Steuerschuldnerin / Steuerschuldner verpflichtet, an alle Personen, denen der Zutritt gestattet wird, Eintrittskarten oder sonstige Ausweise auszugeben. Die entwerteten Karten sind den Teilnehmerinnen / Teilnehmern zu belassen und von diesen den Beauftragten der Landeshauptstadt Hannover auf Verlangen vorzuzeigen.</p>
<p>(3) Der Steuerschuldner hat der Landeshauptstadt Hannover vor der Veranstaltung ein Muster</p>	<p>(3) Die / der Steuerschuldnerin / der Steuerschuldner hat der Landeshauptstadt Hannover</p>

<p>der Eintrittskarten oder der sonstigen Ausweise vorzulegen, die für die Veranstaltung ausgegeben werden sollen. Die Karten bzw. Ausweise müssen durch die Landeshauptstadt Hannover genehmigt werden und mit einem Steuerstempel versehen sein.</p> <p>(4) Über die ausgegebenen Karten bzw. Ausweise hat der Steuerschuldner für jede Veranstaltung einen fortlaufenden Nachweis zu führen. Die nicht ausgegebenen Karten sind grundsätzlich zusammen mit der Steuererklärung bei der Landeshauptstadt Hannover vorzulegen.</p>	<p>grundsätzlich vor der Veranstaltung ein Muster der Eintrittskarten oder der sonstigen Ausweise vorzulegen, die für die Veranstaltung ausgegeben werden sollen. Die Karten bzw. Ausweise müssen durch die Landeshauptstadt Hannover genehmigt werden.</p> <p>(4) Über die ausgegebenen Karten bzw. Ausweise hat die / der Steuerschuldnerin / Steuerschuldner für jede Veranstaltung einen fortlaufenden Nachweis zu führen. Die nicht ausgegebenen Karten sind grundsätzlich zusammen mit der Steuermeldung bei der Landeshauptstadt Hannover vorzulegen.</p>
<p style="text-align: center;">§ 14 Sicherheitsleistung</p> <p>Die Landeshauptstadt Hannover kann die Leistung einer Sicherheit in der voraussichtlichen Höhe der Steuerschuld verlangen, wenn die Durchsetzung des Steueranspruchs gefährdet erscheint.</p>	<p style="text-align: center;">§ 14 Sicherheitsleistung</p> <p>(1) Die Landeshauptstadt Hannover kann die Leistung einer Sicherheit in der voraussichtlichen Höhe der Steuerschuld verlangen, wenn die Durchsetzung des Steueranspruchs gefährdet erscheint.</p>
	<p>(2) Für Veranstaltungen nach § 1 Nrn. 2 und 3 ist eine Sicherheitsleistung zu erbringen, die der voraussichtlich zu leistenden Vergnügungsteuer gleichartiger Betriebe für einen Zeitraum von drei Monaten entspricht. Bei zeitlich befristeten Veranstaltungen ist die Höhe der Sicherheitsleistung entsprechend anzupassen. Dies gilt nicht für Veranstaltungen, die bereits vor dem In- Kraft-Treten der Satzung angemeldet wurden.</p>
<p style="text-align: center;">§ 15 Steueraufsicht und Prüfungsvorschriften</p> <p>(1) Die Landeshauptstadt Hannover ist berechtigt auch während der Veranstaltung, zur Nachprüfung der Steuererklärung (Steueranmeldung) und zur Feststellung von Steuertatbeständen die Veranstaltungs- und Aufstellorte zu betreten, Geschäftsunterlagen einzusehen und die Vorlage aktueller Zählwerksausdrucke zu verlangen.</p> <p>(2) Die Landeshauptstadt Hannover ist berechtigt, Außenprüfungen nach den §§ 193 ff. der Abgabenordnung durchzuführen.</p> <p>(3) Der Steuerschuldner ist verpflichtet, bei der Überprüfung und der Außenprüfung dem / der von der Landeshauptstadt Hannover Beauftragten unentgeltlichen Zutritt zu den Veranstaltungs- und Geschäftsräumen zu gestatten, alle für die Besteuerung bedeutsamen Auskünfte zu erteilen, sowie Räumlichkeiten, Zählwerksausdrucke und Geschäftsunterlagen, die für die Besteuerung von Bedeutung sind, zugänglich zu machen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 15 Steueraufsicht und Prüfungsvorschriften</p> <p>(1) Die Landeshauptstadt Hannover ist berechtigt auch während der Veranstaltung, zur Nachprüfung der Steuermeldung und zur Feststellung von Steuertatbeständen die Veranstaltungs- und Aufstellorte zu betreten, Geschäftsunterlagen einzusehen und die Vorlage aktueller Zählwerksausdrucke zu verlangen.</p> <p>(2) Die Landeshauptstadt Hannover ist berechtigt Außenprüfungen nach den §§ 193 ff. der Abgabenordnung durchzuführen.</p> <p>(3) Die / der Steuerschuldnerin / Steuerschuldner ist verpflichtet, bei der Überprüfung und der Außenprüfung dem / der von der Landeshauptstadt Hannover Beauftragten unentgeltlichen Zutritt zu den Veranstaltungs- und Geschäftsräumen zu gestatten, alle für die Besteuerung bedeutsamen Auskünfte zu erteilen, sowie Räumlichkeiten, Zählwerksausdrucke und Geschäftsunterlagen, die für die Besteuerung von Bedeutung sind, zugänglich zu machen.</p>

<p style="text-align: center;">§ 16 Datenverarbeitung</p> <p>(1) Die zur Ermittlung der Steuerpflichtigen, zur Festsetzung, Erhebung und Vollstreckung der Vergnügungssteuer nach dieser Satzung erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten werden von der Landeshauptstadt Hannover gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 und § 10 Abs.1 des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes (NDSG) i. V. mit § 11 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) und den dort genannten Bestimmungen der Abgabenordnung (AO) erhoben und verarbeitet. Die Datenerhebung beim Finanzamt, beim Amtsgericht (Handelsregister), beim Katasteramt und bei den für das Einwohnermeldewesen, Bauwesen, Ordnungsrecht sowie Finanzwesen zuständigen Stellen der Landeshauptstadt Hannover erfolgt, soweit die Sachverhaltsaufklärung durch den Steuerpflichtigen nicht zum Ziel führt oder keinen Erfolg verspricht (§ 93 Abs. 1 Satz 3 AO).</p> <p>(2) Die Daten dürfen von der Daten verarbeitenden Stelle nur zum Zweck der Steuererhebung nach dieser Satzung oder zur Durchführung eines anderen Abgabeverfahrens, das denselben Abgabepflichtigen betrifft, verarbeitet werden. Zur Kontrolle der Verarbeitung sind technische und organisatorische Maßnahmen des Datenschutzes und der Datensicherheit nach § 7 Abs. 2 NDSG getroffen worden.</p>	<p style="text-align: center;">§ 16 Datenverarbeitung</p> <p>(1) Die zur Ermittlung der / des Steuerpflichtigen, zur Festsetzung, Erhebung und Vollstreckung der Vergnügungssteuer nach dieser Satzung erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten werden von der Landeshauptstadt Hannover gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 und § 10 Abs.1 des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes (NDSG) i. V. mit § 11 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) und den dort genannten Bestimmungen der Abgabenordnung (AO) erhoben und verarbeitet. Die Datenerhebung beim Finanzamt, beim Amtsgericht (Handelsregister), beim Katasteramt und bei den für das Einwohnermeldewesen, Bauwesen, Ordnungsrecht sowie Finanzwesen zuständigen Stellen der Landeshauptstadt Hannover erfolgt, soweit die Sachverhaltsaufklärung durch die / den Steuerpflichtige / Steuerpflichtigen nicht zum Ziel führt oder keinen Erfolg verspricht (§ 93 Abs. 1 Satz 3 AO).</p> <p>(2) Die Daten dürfen von der Daten verarbeitenden Stelle nur zum Zweck der Steuererhebung nach dieser Satzung oder zur Durchführung eines anderen Abgabeverfahrens, das denselben Abgabepflichtigen betrifft, verarbeitet werden. Zur Kontrolle der Verarbeitung sind technische und organisatorische Maßnahmen des Datenschutzes und der Datensicherheit nach § 7 Abs. 2 NDSG getroffen worden.</p>
<p style="text-align: center;">§ 17 Ordnungswidrigkeiten</p> <p>(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 18 Abs. 2 Nr. 2 NKAG handelt, wer</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. entgegen § 10 die Steuererklärung nicht oder nicht innerhalb der dort bestimmten Frist abgibt; 2. entgegen § 12 Absätze 1 und 2 die Inbetriebnahme oder Veränderungen von bzw. bei Spielgeräten nicht bis zum 10. Tag des folgenden Kalendermonats anzeigt; 3. entgegen § 12 Absatz 3 Veranstaltungen nicht 10 Werktage vor Beginn anzeigt; 4. entgegen § 13 Absatz 2 und Absatz 3 Satz 1 bei Veranstaltungen, bei denen der Zutritt entgeltlich ist, keine Karten ausgibt oder diese vorab der Landeshauptstadt Hannover nicht zur Genehmigung vorgelegt hat; 5. entgegen § 15 Absatz 3 die ihr / ihm obliegenden Pflichten nicht erfüllt. 	<p style="text-align: center;">§ 17 Ordnungswidrigkeiten</p> <p>(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 18 Abs. 2 Nr. 2 NKAG handelt, wer</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. entgegen § 10 die Steuererklärung nicht oder nicht innerhalb der dort bestimmten Frist abgibt; 2. entgegen § 12 Abs. 1 und 2 die Inbetriebnahme oder Veränderungen von bzw. bei Spielgeräten nicht bis zum 10. Tag des folgenden Kalendermonats anzeigt; 3. entgegen § 12 Abs. 3 Veranstaltungen nicht 10 Werktage vor Beginn anzeigt; 4. entgegen § 13 Abs. 2 und Absatz 3 Satz 1 bei Veranstaltungen, bei denen der Zutritt von dem Erwerb einer Eintrittskarte oder sonstigem Ausweis abhängig ist, keine Karten ausgibt; 5. entgegen § 15 Absatz 3 die ihr / ihm obliegenden Pflichten nicht erfüllt. <p>(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geld-</p>

<p>(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000 Euro geahndet werden.</p>	<p>buße bis zu 10.000 Euro geahndet werden.</p>
<p style="text-align: center;">§ 18 Inkrafttreten</p> <p>(1) Diese Satzung tritt am 01.10.2007 in Kraft.</p> <p>(2) Abweichend von Absatz 1 gilt für Veranstaltungen nach § 1 Nrn. 1 bis 3 § 5 der Vergnügungsteuersatzung der Landeshauptstadt Hannover in der Fassung der 8. Änderungssatzung vom 28.06.2001 bis zum 31.03.2006 fort, wenn die einzelne Veranstaltung bis zu diesem Zeitpunkt begonnen hat.</p>	<p style="text-align: center;">§ 18 Inkrafttreten</p> <p>Diese Satzung ersetzt die Satzung vom 15.12.2005, geändert durch Satzung vom 31.05.2007 und tritt am 01.01.2010 in Kraft.</p>